

(Dora Heyenn)

"Humanität hat kein Preisschild."

Das ist, wie ich finde, eine sehr gute Aussage, und wenn man sie zu Ende denkt, bedeutet das, dass die Festlegung, alle Steuermehreinnahmen für die Schuldentilgung einzusetzen, unverantwortlich ist. Das ist Ideologie, und die werden Sie nicht durchhalten. Ich warte gespannt auf den Antrag, das Haushaltsrahmengesetz außer Kraft zu setzen. Alles andere können wir uns einfach gar nicht leisten. Wir müssen alles tun, damit die Flüchtlingsbewegung nicht im Desaster endet. Und dazu gehört eine bessere Finanzierung und nicht eine Umschichtung zulasten anderer Aufgaben. – Danke schön.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt die fraktionslose Abgeordnete Güçlü für ebenfalls maximal fünf Minuten.

Nebahat Güçlü fraktionslos: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Zeit werde ich gar nicht brauchen, denn vieles ist schon gesagt worden. Ich glaube, im Grundsatz sind sich eigentlich alle darüber einig, dass gehandelt werden musste. Und bei allen Oppositionsspielchen, denke ich, kann man dem Senat zugutehalten, dass er handelt und dass diese Mehrbedarfsdrucksache notwendig ist. Wir haben sie im Sozialausschuss gemeinsam mit dem Haushaltsausschuss beraten. Natürlich kann man mäkeln, sie sei nicht ausreichend, aber ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass sie notwendig ist, bei aller Kleinkritik. Auch ich habe bei den Beratungen meine Kritik geäußert, aber sie war gar nicht fundamentaler Art, sondern es ging wirklich darum, deutlich zu machen, dass die Mehrbedarfsdrucksache sehr pauschal ist. Ich glaube, wir alle hätten uns gewünscht, dass sie sehr viel konkreter ausgestaltet worden wäre, Herr Finanzsenator.

Es gab diesbezüglich Rückfragen, auch von meiner Seite, beispielsweise zu den Referenzgrößen. Wie kann man die Summen in Relation setzen zu der Anzahl der Menschen, der Schutzsuchenden, die zu uns kommen? Was bedeutet das zukünftig, wenn sich die Zahl zum Beispiel verdoppelt oder verdreifacht? Müssen wir dann zukünftig mit Mehrbedarfsdrucksachen rechnen, in denen sich die Beträge verdoppeln oder verdreifachen? Das bleibt nach wie vor relativ pauschal. Aber aus sozialpolitischer Sicht kann ich nur sagen, dass sie mehr als notwendig ist und im Moment auch dazu geeignet, die Probleme anzugehen.

Viele Aufgaben sind, wie gesagt, gesetzliche Aufgaben, die wir angehen müssen. Natürlich werden wir auf Bundesebene aktiv werden müssen, das ist ebenfalls in diese Debatte eingeflossen. Ich habe zudem die Wahrnehmung, dass Debatten, bei denen es auch nur im Ansatz um Flüchtlinge geht, immer ein bisschen als Sammelsurium-Debatten

benutzt werden. Ich habe mich sehr darüber gewundert, Frau Oelschläger, dass Sie hier eine frauenpolitische Debatte eröffnen. Sie haben das eigentliche Thema nur gestreift.

Auch über Sie, Frau Prien, habe ich mich ein bisschen gewundert. Zumindest durch Ihre Beiträge in den Ausschüssen habe ich Sie immer etwas anders wahrgenommen. Der Antrag, den Sie heute für Ihre Fraktion eingereicht haben, ist meiner Meinung nach ein absoluter Zickzack-Antrag, der sich eigentlich gar nicht sicher ist, welche Linie er fahren möchte. Damit sind Sie weit hinter das zurückgefallen, was ich bisher bei Ihnen an anderen Stellen herausgehört habe. Ich glaube, bei aller Kleinkritik ist es richtig, was der Senat in diesen Punkten macht. Die Mehrbedarfsdrucksachen sind mehr als notwendig, und ich werde daher dem Antrag zustimmen. – Danke.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei Antje Möller GRÜNE)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Flüchtlingssituation ist eine Bewährungsprobe für Deutschland und Europa. Wir können die Herausforderungen meistern, nicht zuletzt aufgrund der Finanz- und Wirtschaftspolitik der letzten Jahre.

(Beifall bei der SPD)

– Sie dürfen ruhig mitklatschen, weil dies der Bundesfinanzminister in der Haushaltsberatung des Deutschen Bundestags in der vergangenen Woche gesagt hat.

(Dennis Gladiator CDU: Wenn der das sagt, stimmt das auch!)

Und beide Aussagen gelten auch für Hamburg.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Im Vordergrund steht aber die rechtliche, vor allem die politische und humanitäre Verpflichtung, Menschen aufzunehmen, die auf ihrer Flucht zu uns nach Hamburg kommen.

Der Senat hat hierfür von Anfang an konsequent die erforderlichen Entscheidungen getroffen. Die Behörden und öffentlichen Unternehmen arbeiten jeden Tag mit vielen Beschäftigten an der Bewältigung der Aufgaben. Hinzu kommen die Ehrenamtlichen, viele Bürgerinnen und Bürger, die mit Spenden und ihrer eigenen praktischen Arbeit helfen, dass die Stadt die große Zahl an Flüchtlingen gut aufnehmen kann. Die Entwicklung der Zuwanderung hat aber auch erhebliche finanzielle Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Kommunen, und damit besonders auf die Stadtstaaten, die beides auf einmal sind.